

Perspektiven



Juli 2021

➤ **Volkswirtschaft: Von Konsumfreude und robusten Unternehmen**

Der private Konsum könnte dieses und nächstes Jahr maßgeblich zum Wachstum in Europa beitragen. Abgesehen von Lieferengpässen kommen deutsche Firmen bislang gut durch die Pandemie.

➤ **Renten: Vor dem Renditeanstieg**

Die US-Notenbank rückt von ihrem bisherigen Kurs ab und steuert auf eine geldpolitische Straffung zu. Der Aufwärtsdruck für die laufende Verzinsung von US-Staatsanleihen dürfte zunehmen.

➤ **Aktien: Gipfelsturm mit Rückschlagspotenzial**

Trotz neuer Allzeithochs scheint der Aufwärtstrend an den Aktienmärkten intakt zu bleiben. In pandemischen Zeiten mit Lieferengpässen und wachsenden Inflationssorgen drohen aber Kursschwankungen.

➤ **Rohstoffe: Schmutzige Dekarbonisierung**

Für den Aufbau grüner Technologien werden in hohem Maße vergleichsweise umweltschädliche Metalle wie Aluminium und Stahl benötigt. Geringe Lagerbestände treiben aktuell den Rohölpreis.

➤ **Liquidität: Erste Kurskorrektur der Geldpolitik**

Die US-Notenbank Fed hat überraschend ihre Leitzinsprognose angehoben – Folge höherer Inflationserwartungen. In Europa könnte die EZB im Herbst eine Drosselung der Anleihekäufe vorbereiten.

➤ **Immobilien: Begrenzt Risiko für die Finanzmärkte**

Finanzielle Reserven, hohe verfügbare Einkommen, günstige Finanzierungsbedingungen und eine hohe Nachfrage: Der Preisanstieg bei Wohnimmobilien in Europa und den USA könnte sich fortsetzen.

Volkswirtschaft: Von Konsumfreude und robusten Unternehmen

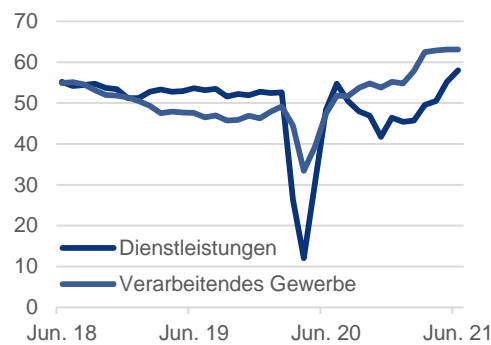
Nach dem starken Comeback der US-Wirtschaft von den Folgen der Coronavirus-Krise zeichnet sich nun auch in Europa immer mehr das Szenario einer V-förmigen Konjunkturerholung ab. Der Erfolg hängt maßgeblich an den Impffortschritten, die angesichts einer drohenden 4. Pandemiewelle entscheidend für dauerhafte Öffnungen gerade in vielen Bereichen des Dienstleistungssektors sind. Und dort hellt sich die Stimmung auf, die Unternehmen blicken wieder zunehmend optimistischer in die nähere Zukunft. Der Einkaufsmanagerindex für den Sektors in der EU ist im Juni stärker als erwartet von 55,2 auf 58,3 Punkte gestiegen. Werte über 50 Zähler signalisieren eine stärkere Wirtschaftsaktivität.

Im Zuge rückläufiger Infektionszahlen in den meisten Mitgliedsstaaten der EU dürfte der private Konsum kräftig anziehen. Die in der Pandemie gebildeten zusätzlichen Rücklagen der Haushalte belaufen sich auf etwa 5% der Wirtschaftsleistung im Euroraum. Höhere Verbraucherausgaben könnten dieses Jahr zu rund einem Viertel und 2022 sogar zur Hälfte zum prognostizierten Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von jeweils mehr als 4% beitragen.

Massive Unterstützung. Viele Unternehmen wurden von der positiven Entwicklung der vergangenen Wochen überrascht. Die in der Corona-Krise zurückgefahrenen Kapazitäten lassen sich kurzfristig nicht wieder hochfahren, die anziehende Nachfrage kann in vielen Bereichen nicht ausreichend bedient werden. Bei Produktions- und Lieferketten hakt es. Der Automobilindustrie fehlen Chips, der Baubranche Zement, Holz und Stahl. In Deutschland berichteten in einer Anfang Mai veröffentlichten Umfrage des Münchener ifo-Instituts 45% der Unternehmen von Engpässen bei der Materialbeschaffung.

Dass deutsche Unternehmen bislang gut durch die Covid-19-Krise gekommen sind, hat mehrere Gründe. Dank massiver Unterstützung durch die Europäische Zentralbank und staatlicher Hilfen war die Kreditversorgung zu günstigen Konditionen jederzeit sichergestellt. Kreditmargen und -standards haben kaum angezogen. In diesem Zusammenhang spielt auch die gute Eigenkapitalausstattung deutscher Unternehmen eine zentrale Rolle. Mit 64% des

Stimmungsindikatoren in der Eurozone
(Angaben in Indexpunkten)



Quelle: Bloomberg L.P.; Stand: 01.07.2021

BIP ist ihre Verschuldung im internationalen Vergleich gering.

Außerdem stellt die Bundesregierung insbesondere seit dem zweiten Lockdown im November 2020 in erheblichem Umfang Corona-Hilfen zur Verfügung. Diese summieren sich inzwischen auf rund 41 Milliarden Euro. Obwohl in den meisten Fällen nur ein Teil der Umsatzausfälle kompensiert wird, dürfte dadurch ein Anstieg der Verbindlichkeiten mit dem Risiko einer Überschuldung in vielen Fällen verhindert worden sein. Die staatlichen Zuschüsse für Unternehmen laufen zwar im September aus. Mit der erwarteten Lockerung der Beschränkungen sollte sich aber die Ertragssituation vieler Firmen normalisieren.

Wenig Pleiten. Damit erweisen sich wohl auch die Sorgen vor einer der Pandemie nachlaufenden Insolvenzwelle als unbegründet. Neben staatlichen Kredithilfen und Zuschüssen wurde in Deutschland ein Zahlungsmoratorium für Kredite verhängt und die Insolvenzantragspflicht ausgesetzt. Während das Kreditmoratorium bereits im Juni 2020 auslief, wurde die Insolvenzantragspflicht ab Oktober in drei Schritten wieder in Kraft gesetzt – seit Mai 2021 gelten die üblichen Insolvenzregeln. Erste Schätzungen zeigen eine moderate Entwicklung. Die Zahl der Unternehmenspleiten im Mai liegt nur 5% über dem Vorjahr. Bisher deutet also nichts auf einen sprunghaften Anstieg der Insolvenzen in Deutschland hin.

Renten: Vor dem Renditeanstieg

Eine auf den ersten Blick paradoxe Entwicklung haben US-Staatsanleihen nach der Sitzung der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) im Juni genommen: Obwohl die Währungshüter nun mehrheitlich bereits 2023, vereinzelt sogar schon 2022 steigende Leitzinsen erwarten und die US-Inflation so hoch wie zuletzt 2008 ist, legten die Renditen langfristiger US-Staatsanleihen in den Folgetagen den Rückwärtsgang ein. Papiere mit zehn Jahren Laufzeit rutschten bis auf 1,36% ab – offenbar gehen die Investoren davon aus, dass die Fed mit einer früheren Leitzinsstraffung die Inflation unter Kontrolle halten kann. Für diese Einschätzung spricht, dass die in zehnjährigen US-Treasuries eingepreisten Inflationserwartungen seit der Fed-Sitzung um etwa 0,2 Prozentpunkte gesunken sind.

Kräftiger Preisschub. Nach Einschätzung der Postbank ist das nur ein vorübergehendes Phänomen: In einem Umfeld starker Wachstums- und hoher Inflationsraten nimmt der Aufwärtsdruck bei den Renditen bereits wieder zu. Ende Juni rentierten zehnjährige US-Staatsanleihen bei rund 1,5%. Inzwischen zeichnet sich in den USA auch eine deutliche Arbeitsmarktbelebung ab. Und die geplanten rund vier Billionen US-Dollar schweren Infrastrukturprogramme sollten die Umsätze der US-Unternehmen über Jahre stabilisieren. Gerade erst hat US-Präsident Joe Biden bei Gesprächen mit demokratischen und republikanischen Senatoren erste Fortschritte über Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 579 Milliarden US-Dollar erzielt.

Auch die Inflationsdaten in den USA fielen wie schon im Vormonat überraschend hoch aus. Im Vorjahresvergleich stiegen die Verbraucherpreise im Mai um 5%. Für den Zuwachs waren nicht nur höhere Energiepreise verantwortlich. Gut die Hälfte des Anstiegs resultierte aus Preiserhöhungen für Gebrauchtwagen, Flüge, Mietwagen, Restaurantbesuche und Hotelübernachtungen – überwiegend Sektoren, die von einer abflauenden Pandemie profitieren. Deshalb stieg auch die Kerninflation (ohne Energie- und Nahrungsmittelpreise) von 3% auf 3,8%.

Bislang hatten die Währungshüter von einer geldpolitischen Straffung abgesehen. Hohe Basiseffekte etwa bei den Energiepreisen

Renditedifferenz 2- und 10-jähriger US-Staatsanleihen

(Angabe in Prozentpunkten)



Quelle: Bloomberg L.P.; Stand: 01.07.2021

oder Preissprünge durch die Lockerung von Corona-Maßnahmen müssten nicht zwangsläufig in eine dauerhaft höhere Inflation münden. Die steigenden Preise sind im Juni nun aber stärker in den Fokus der Fed gerückt. Mittlerweile scheinen die Fed-Gouverneure ihren Ausblick langsam anpassen zu wollen, damit sich der Markt auf die veränderte Situation vorbereiten kann.

Hohes Volumen. Anders als bei Staatspapieren spielen Anleihekäufe der Fed im Unternehmenssegment nur eine untergeordnete Rolle. Die Währungshüter hatten im März 2020, als die COVID-19-Pandemie eine Panik an den Finanzmärkten auslöste, die Secondary Market Corporate Credit Facility (SMCCF) ins Leben gerufen, um den Markt für ausstehende Unternehmenspapiere mit Liquidität zu versorgen. Das Volumen der Anleihekäufe, die über die Notfallkreditfazilität bis Ende 2020 getätigt wurden, ist vergleichsweise gering. Insgesamt hat die Fed für 13,7 Milliarden US-Dollar Fonds (ETFs) und Corporate Bonds gekauft. Zum Vergleich: In den ersten fünf Monaten dieses Jahres haben US-Unternehmen mit guter oder sehr guter Bonität (Investment Grade, IG) Papiere für insgesamt 697 Milliarden US-Dollar emittiert.

Entsprechend gelassen haben Investoren auf die Ankündigung der Fed reagiert, bis Ende dieses Jahres die ETFs und Unternehmensanleihen zu verkaufen. Die Zusicherung der Notenbanker, auf dem Markt aktiv zu werden, hatte seinerzeit schon genügt, um den Markt zu beruhigen.

Aktien: Gipfelsturm mit Rückschlagspotenzial

Der Aufwärtstrend an den internationalen Aktienmärkten setzt sich aktuell fort. Auch im Juni haben in Europa und den USA die marktbreiten Leitindizes STOXX 600 und S&P 500, aber auch die führende US-Technologiebörse Nasdaq und sein deutsches Pendant TecDAX Allzeithochs erklommen. Doch die Risiken für Kursturbulenzen über die Sommermonate nehmen zu – eine breite Streuung bleibt oberstes Gebot für eine strategisch ausgerichtete Asset Allocation.

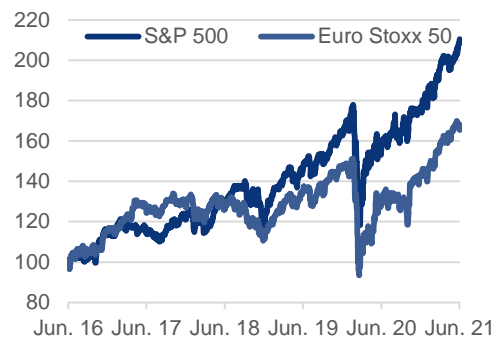
Die Impfkampagnen, die auch in Europa vorankommen, und der damit verbundene Schub ermöglichen zwar eine V-förmige Konjunkturerholung – oft aber genügen Produktions- und Lieferkapazitäten nicht, um die Nachfrage zu decken. Engpässe bei der Materialbeschaffung treiben die Kosten; Inflations- und Zinssorgen nehmen zu. Die Zeiten niedriger Preise und expansiver Geldpolitik scheinen zu Ende zu gehen. Dennoch führt aus Renditeerwägungen kaum ein Weg an Aktien vorbei. Langfristig profitable Technologie-Trends und konjunktureller Rückenwind versprechen perspektivisch eine robuste Aktienmarktentwicklung.

Mehr US-Anleger. Der STOXX 600 weist im Vergleich zum S&P 500 eine höhere Gewichtung von Substanzwerten (Value), Zyklikern und Finanzunternehmen auf. Der Index schneidet in der Regel besser ab, wenn Konjunkturindikatoren einen Aufschwung signalisieren und Kapitalmarktinzinsen steigen. Die Anhebung der Gewinnprognosen für europäische Unternehmen im 2. Quartal um fast 10% wurde mit Kursaufschlägen quittiert. Auch US-Anleger orientieren sich nach Europa und haben innerhalb von 4 Wochen 6 Milliarden US-Dollar in Aktienfonds investiert – so viel wie seit 2015 nicht mehr.

Der Trend könnte andauern – vorausgesetzt, die 4. Pandemiewelle verläuft glimpflich. Denn der private Konsum ist ein wesentlicher Treiber der Wirtschaftsdynamik. In der Eurozone ist die Sparquote während der COVID-19-Krise von 12,5% auf knapp 20% des verfügbaren Einkommens angestiegen. Die Privathaushalte haben so zusätzliche Reserven zwischen 550 und 650 Milliarden Euro. Das entspricht rund 5% der Wirtschaftsleistung im Euroraum und könnte

Entwicklung ausgewählter Aktienindizes in Euro

(Angaben indexiert: 30.06.2016 = 100)



Quelle: Datastream; Stand: 01.07.2021

besonders Herstellern langlebiger Gebrauchsgüter wie Autos zugutekommen.

Hohe Dividenden. Während in den USA schon wieder mehr Fahrzeuge zugelassen wurden als 2019, lagen die Pkw-Neuzulassungen in der Eurozone im 1. Halbjahr immer noch um ein Viertel unter Vorkrisenniveau. Der Umbau der Produktion auf Elektromobilität ist gelungen, der Investitionsdruck sollte nachlassen. Liefer-schwierigkeiten bei Speicherchips und hohe Kosten für Rohstoffe belasten zwar die Gewinne. Dennoch ist der Sektor auch nach der Rally am Aktienmarkt nicht hoch bewertet. Für den Sektor sprechen mittelfristig auch die positive Korrelation der Kursentwicklung mit Renditen deutscher Staatsanleihen und möglicherweise stattliche Dividendenzahlungen.

Der Engpass bei Halbleitern ist für die Autoindustrie ein limitierender Faktor. Spezialisierte Zulieferer weiten deshalb ihre Kapazitäten massiv aus. Geschätzte 6,5 Milliarden US-Dollar investieren 2021 allein die weltweit sechs umsatzstärksten Anbieter – ein Plus von 16% gegenüber dem bisherigen Höchststand von 2018. Das Risiko eines Überangebots dürfte vergleichsweise gering sein. Seit 2017 ist das Verhältnis zwischen Anlageinvestitionen und Umsätzen dieser Anbieter relativ konstant. Kurzfristig könnten die Angebotsknappheit und verzögerte Umsatzeffekte von Investitionen deren Kurspotenzial begrenzen, langfristig dürften sie von strukturellen Wachstumsaussichten profitieren.

Rohstoffe: Schmutzige Dekarbonisierung

Es klingt paradox: Ausgerechnet Aluminium, dessen Herstellung und industrielle Verwendung für 2% der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich sind, nimmt eine Schlüsselrolle bei der Dekarbonisierung ein. Das in der Produktion umweltschädliche Basismetall wird für grüne Technologien wie Elektromobilität oder erneuerbare Energien benötigt. Tatsächlich liegt der Aluminiumanteil von Autos mit Verbrennungsmotor aktuell bei durchschnittlich 164 Kilogramm (kg). In einem vergleichbaren Elektrofahrzeug sind rund 60 kg, in einem Plug-in-Hybrid rund 80 kg mehr von dem Leichtmetall verbaut.

Auch bei erneuerbaren Energien ist die Nachfrage höher: Offshore-Windenergieanlagen benötigen 3,6 Tonnen und Solarprojekte 12,9 Tonnen Aluminium pro Megawatt (MW) Leistung. Kohlekraftwerke kommen dagegen mit nur 0,5 Tonnen pro Megawatt aus. Prognosen zufolge steigt die jährliche Aluminiumnachfrage aus den Bereichen Elektromobilität und erneuerbare Energien bis 2030 um 13 Millionen Tonnen. Ihr Anteil an der globalen Gesamtnachfrage erhöht sich von 4 auf 18%.

In den vergangenen Jahren hatte Aluminium mit Überkapazitäten zu kämpfen. Das könnte sich aber mittelfristig ändern. China hat die Produktionskapazität auf 45 Millionen Tonnen pro Jahr begrenzt. Neue Hütten dürfen nur in Betrieb gehen, wenn alte Kapazitäten stillgelegt werden. Verschärfte Umweltauflagen könnten zudem mit Wasserkraft betriebene Anlagen mit höheren Produktionskosten erforderlich machen. Auch außerhalb Chinas ist trotz möglicher Margenausweitung nicht mit zusätzlichen Investitionen in CO₂-intensive Produktionen zu rechnen. Der Aufwärtstrend der Notierungen könnte sich daher langfristig fortsetzen.

Starke Nachfrage. Etwas anders ist der Fall bei Stahl gelagert. Das ebenfalls vergleichsweise umweltschädliche Produkt wird zwar für den Aufbau der Infrastruktur erneuerbarer Energien massiv nachgefragt. So benötigen Windenergieanlagen an Land zwischen 80 und 150 Tonnen Stahl pro MW Leistung, offshore sind es sogar bis zu 250 Tonnen. Auch Solaranlagen erfordern vergleichsweise viel Stahl: 35 - 40 Tonnen pro MW für größere Projekte.

Entwicklung Rohölpreis WTI
(Angabe in USD je Fass (159l))



Quelle: Bloomberg L.P.; Stand: 01.07.2021

Trotz dieses Bedarfs schätzt die Postbank die langfristigen Aussichten für Stahl aber als schwächer ein. So wird im Bereich der Autoproduktion die Nachfrage spürbar sinken. Elektrofahrzeuge brauchen schon heute im Schnitt 150 kg weniger Stahl. Sobald die Infrastruktur für erneuerbare Energien steht, dürfte die Gesamtnachfrage sinken: bis 2030 in der Europäischen Union und in Großbritannien um bis zu 15 Millionen Tonnen jährlich, so die Prognosen.

Geringe Lagebestände. Der Rohölpreis bleibt auf hohem Niveau. Das Ölkartell und seine Partner (OPEC+) konnten sich zuletzt nicht auf neue Förderquoten einigen, sodass das Angebot vorerst knapp bleibt. Ohnehin sind die Märkte kurzfristig trotz Corona-Pandemie optimistisch. Eine Ursache sind die seit Wochen deutlich stärker als erwartet und mittlerweile auf Vor-Pandemie-Niveau gesunkenen Erdöllagerbestände in den USA. Die Ölproduktion in den USA liegt zudem mit aktuell 11,1 Millionen Barrel pro Tag deutlich unter den rund 13 Millionen Barrel pro Tag, die noch Anfang 2020 gefördert wurden. Auch in China sind die Lagerbestände auf ein Jahrestief gefallen. Außerdem könnten schleppende Atomverhandlungen mit dem Iran das Ölangebot in Zukunft begrenzen.

Liquidität: Erste Kurskorrektur der Geldpolitik

Ende 2020 dominierte an den Märkten noch die Auffassung, dass die Zentralbanken der großen vier Währungsblöcke auf absehbare Zeit keinen Gedanken an Zinserhöhungen verschwenden würden. Nun aber hat sich die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) als erste aus der Deckung gewagt. Fed-Chef Jerome Powell und die Mitglieder des zuständigen Offenmarktausschusses überraschten im Juni die Märkte damit, dass die Leitzinsen anstatt 2024 bereits 2023 oder sogar schon 2022 erhöht werden könnten.

Nicht nur die Zinsprognose wurde angehoben, auch die Erwartungen für das US-Wirtschaftswachstum und die Inflation fallen teilweise höher aus. Ihre Anleihekäufe will die Fed aber so lange fortsetzen, bis „substanziell weitere Fortschritte“ bei der Erholung der US-Wirtschaft erzielt worden sind. Auffällig stark bemühte sich Fed-Chef Powell, die Wirkung der Zinsprognose nicht zu verwässern – und fokussierte sich eher auf die überraschend hohen Inflationsraten als auf den weiterhin schwächelnden US-Arbeitsmarkt.

Keine Kursänderung. Derartige Gedankenspiele sind von der Bank of Japan (BoJ), der Bank of England (BoE) und der Europäischen Zentralbank (EZB) bislang nicht bekannt. Die EZB hat im Juni ihre sehr lockere Geldpolitik bestätigt. Leitzinsen und die sie betreffende Marktorientierung (Forward Guidance) blieben unverändert. Die Postbank rechnet frühestens ab September mit einem Hinweis aus der EZB auf eine Verringerung der Anleihekäufe (tapering).

Immobilien: Begrenztes Risiko für die Finanzmärkte

Die globalen Märkte für Wohnimmobilien entwickeln sich nach wie vor robust. In vielen Ländern Europas steigen die Hauspreise weiter an – seit Jahresbeginn am stärksten im Vereinigten Königreich, in Spanien und in Deutschland mit Zuwächsen zwischen 3,4 und 4,5%. Einiges spricht dafür, dass sich der Aufschwung fortsetzt. So ist die Sparquote während der Pandemie deutlich gestiegen. In der Eurozone verfügen die privaten Haushalte vermutlich über 500 Milliarden Euro zusätzlicher Reserven, die sie für den Erwerb eines Eigenheims einsetzen könnten. Hinzu kommen historisch günstige Finanzierungsbedingungen. In Deutschland etwa liegt der durchschnittliche Hypothekenzins für Immobilienkredite mit 10 Jahren Laufzeit um 1%. Daran dürfte sich angesichts einer weiterhin expansiven Notenbankpolitik vorerst wenig ändern.

Stabile Nachfrage. Noch stärker legen die Hauspreise in den USA zu: aktuell mit einer Jahresrate von 13%. Doch anders als vor der Weltfinanzkrise 2008 sind die Privathaushalte von einer Überschuldung weit entfernt. Ihre Gesamtschulden haben sich 2020 trotz der stärkeren Kreditnachfrage nur um 4% erhöht. Gemessen am verfügbaren Einkommen geben die privaten Haushalte mit 9,4% auch dank niedriger Zinsen sogar weniger für die Finanzierung aus als vor der Krise. Damit sollte vom boomenden US-Immobilienmarkt derzeit kein Risiko für die Finanzmarktstabilität ausgehen. Die US-Fundamentaldaten sprechen noch stärker als in Europa für eine robuste Nachfrage nach Wohnimmobilien – auch weil künftig Hunderttausende von Millennials einen eigenen Haushalt gründen und Immobilien kaufen oder bauen.

Kapital- & Finanzmarktprognosen

BIP Wachstum in %

	2020	2021	2022
Welt	-3,2	5,8	4,6
USA	-3,5	6,7	5,2
Euroland	-6,7	4,2	4,6
Deutschland	-4,8	3,3	4,5
Japan	-4,7	2,7	2,6
China	2,3	8,7	5,5

Inflation (CPI) in %

	2020	2021	2022
Welt	2,6	3,6	-
USA	1,2	2,8	2,5
Euroland	0,3	2,0	1,6
Deutschland	0,4	2,2	1,8
Japan	0,0	0,1	0,5
China	2,5	1,7	2,4

Geldpolitik

Leitzinssätze in %	Akt. Wert	12 Monate
3M-EURIBOR	-0,55	-0,50
Euroland	0,00	0,00
UK	0,10	0,10
USA	0,25	0,25
Japan	-0,10	-0,10

Währungen

Währungspaar	Akt. Wert	12 Monate
EUR/USD	1,18	1,20
EUR/GBP	0,86	0,89
EUR/JPY	129,96	126,00
EUR/CHF	1,09	1,13
EUR/NOK	10,40	9,88

Renten

Marktzinsen 10J-Bonds in %	Akt. Wert	12 Monate
Deutschland	-0,34	0,00
Frankreich	0,01	0,30
Italien	0,74	1,25
Spanien	0,31	0,65
USA	1,26	2,00
UK	0,56	0,95
China	2,99	3,40
Indien	6,14	6,75
Japan	0,03	0,20
Brasilien	9,30	6,00

Aktien

Indizes	Akt. Wert	12 Monate
USA (S&P 500 in USD)	4.358	4.200
Europa (Stoxx Europe 600)	454	440
Euroland (Euro Stoxx 50)	4.008	4.000
Deutschland (DAX)	15.498	15.700
Italien (FTSE MIB)	24.754	26.500
Spanien (IBEX 35)	8.652	9.750
Japan (Topix in JPY)	1.920	1.960
Emerging Markets (MSCI in USD)	1.341	1.400
EM Asien (MSCI in USD)	730	795
Lateinamerika (MSCI in USD)	2.528	2.525
Brasilien (MSCI in BRL)	390.495	380.000
China (MSCI in HKD)	104	119
Indien (MSCI in INR)	1.834	1.875

Rohstoffe

Rohstoffe	Akt. Wert	12 Monate
Rohöl (Brent) (in USD)	72,57	66,00
Gold (in USD)	1.811,80	1.850,00
Silber (in USD)	26,14	28,00

Stand: 08.07.2021 10:00

Postbank

Redaktionsschluss: 08. Juli 2021 / 14:00 Uhr
Herausgeber: Chief Investment Officer Postbank

Postbank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG.

Bei diesen Informationen handelt es sich um Werbung. Die Texte genügen nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlage- und Anlagestrategieempfehlungen oder Finanzanalysen. Es besteht kein Verbot für den Ersteller oder für das für die Erstellung verantwortliche Unternehmen, vor bzw. nach Veröffentlichung dieser Unterlagen mit den entsprechenden Finanzinstrumenten zu handeln.

Die in diesem Dokument enthaltenen Angaben stellen keine Anlageempfehlung, Anlageberatung oder Handlungsempfehlung dar, sondern dienen ausschließlich der Information. Die Angaben ersetzen nicht eine auf die individuellen Verhältnisse des Anlegers abgestimmte Beratung. Allgemeine Informationen zu Finanzinstrumenten enthält die Broschüre "Basisinformation über Wertpapiere und weitere Kapitalanlagen", die ein Kunde bei Depotöffnung automatisch zugesandt bekommt.

Prognosen basieren auf Annahmen, Schätzungen, Ansichten und hypothetischen Modellen oder Analysen. Obwohl sie aus Sicht der Bank auf angemessenen Informationen beruhen, kann sich in der Zukunft herausstellen, dass sie nicht zutreffend oder nicht korrekt sind. Sofern es in diesem Dokument nicht anders gekennzeichnet ist, geben alle Meinungsäußerungen die aktuelle Einschätzung der Postbank wieder, die sich jederzeit ändern kann. Die Postbank übernimmt keine Verpflichtung zur Aktualisierung der in diesem Dokument enthaltenen Informationen oder zur Inkenntnissetzung der Anleger über verfügbare aktualisierte Informationen.

Die Deutsche Bank AG unterliegt der Aufsicht der Europäischen Zentralbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

© Postbank AG 2021